

Strategie eHealth: Absichtserklärung mit einer Prise Etatismus

Helsana ist mit der nationalen Strategie eHealth, die der Bundesrat beschlossen hat, nicht sehr glücklich. Die Strategie weist erhebliche Mängel auf und muss gemeinsam mit den Partnern im Gesundheitswesen weiterentwickelt werden. Eine erfolgreiche Umsetzung hängt entscheidend davon ab.

Der Bundesrat möchte den integrierten Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien zur Gestaltung, Unterstützung und Vernetzung aller Prozesse und Teilnehmer im Gesundheitswesen verbessern. Dazu hat er Juni 2007 die nationale Strategie eHealth verabschiedet. Die Effizienz im Gesundheitswesen soll erhöht, Qualität und Sicherheit sollen verbessert werden. Es soll aber auch ein Dienstleistungssektor entstehen; eHealth soll zu einem Wirtschaftsfaktor werden.

Einige Probleme zu lösen

Beim Thema eHealth liegt jedoch einiges im Argen. Wenn eHealth funktionieren soll, muss sie von den Versicherten, Leistungserbringern, Versicherern und anderen betroffenen Partnern akzeptiert werden. Da gibt es doch noch einiges zu tun. Bis heute ist eHealth eine Alleinveranstaltung von Bund und Kantonen. Bis Ende 2007 wollen sich Bund und Kantone aber erst einmal selbst koordinieren. Ein nationales Koordinationsorgan soll gebildet werden.

Teurer Leerlauf droht

Mit eHealth werden viele Hoffnungen verbunden. Bestes Beispiel ist das obligatorische elektronische Patientendossier: Es soll die einrichtungsübergreifende, umfassende und konsolidierte Ablage der Patientendokumente ermöglichen. Ob das machbar ist, muss genau geprüft werden; die Widerstände sind gross. Ohne die notwendige Akzeptanz wird nur ein teures Dossiersystem geschaffen, das nicht genutzt wird. Das elektronische Patientendossier darf nicht von oben herab verordnet werden, sondern muss innerhalb geregelter Vorgaben von unten wachsen können.

Finanzierung nicht geklärt

Ausländische Erfahrungen zeigen, dass die Nutzenpotenziale häufig überschätzt, die Kostenfolgen hingegen unterschätzt werden. Zu Kosten und Nutzen findet sich in der Strategie eHealth wenig bis nichts.

Natürlich sind beide Grössen zum heutigen Zeitpunkt schwer abschätzbar. Trotzdem ist eine vertiefte Kosten-Nutzen-Analyse zwingend durchzuführen. Solange für das Gesundheitswesen der konkrete Nutzen eines eHealth-Projekts nicht belegt ist, dürfen auch keine Kosten entstehen.

Zu den ganzen Finanzierungsfragen findet sich in der Strategie eine knappe Seite. Das Thema wird vorwiegend im Kontext der Leistungsvergütung diskutiert. Man darf also davon ausgehen, dass vornehmlich die Grundversicherung herangezogen werden soll. Dies ist nicht akzeptabel: Wenn Bund und Kantone in diesem Bereich Strukturen schaffen und damit auch noch Wirtschaftsförderung betreiben wollen, haben sie auch die Finanzierung zu übernehmen.

Zweifel an der Zuständigkeit

Es ist zu bezweifeln, dass Bund und Kantone momentan die Kompetenzen haben, bei eHealth aktiv zu sein. Der Bund hat in der Gesundheitsversorgung nur wenig Befugnisse, die Kantone sind für die Sicherstellung der medizinischen Versorgung zuständig. Daraus aber einen derart umfassenden eHealth-Auftrag ableiten zu wollen, geht zu weit.

Bund und Kantone wollen die Führung im Bereich eHealth übernehmen. Die Strategie weist aber erhebliche Mängel auf und ist zum Teil so unbestimmt, dass sie eher einer Absichtserklärung gleicht. Zudem soll alles en détail geregelt werden, wo doch Rahmenbedingungen und verbindliche Standards völlig ausreichen. Es drängt sich der Eindruck auf, dass hier ein bisschen viel an Staat herumwerkelt.

Wolfram Strüwe
Gesundheitsökonomie
Helsana Versicherungen AG
Postfach
8081 Zürich
Telefon 043-340 68 87
wolfram.struwe@helsana.ch

HELSANA
gesunde Ideen